

GEAS-Anpassungsgesetz:

Kein Abbau von Menschenrechten im Namen Europas!

Sehr geehrte Frau Dr. Carolin Wagner,

vor einem halben Jahr haben wir bereits unsere Erschütterung bezüglich der nationalen Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik in einem Brief zum Ausdruck gebracht. In Ihrer Antwort bekräftigten Sie, sich unter anderem für eine humane, menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik und die finanzielle Unterstützung der zivilen Seenotrettung einzusetzen. Mit großem Bedauern haben wir daher im Sommer ihre Zustimmung zur Aussetzung des Familiennachzugs subsidiär Schutzberechtigter festgestellt sowie auch die Streichung der Gelder für die Seenotrettung durch Ihre Regierung. Weder eine weitere Diskursverschiebung noch falsche Schuldzuweisungen oder rechte Hetze konnten so eingedämmt werden. Stattdessen beobachten wir stetig weitere Einschränkungen der Rechte geflüchteter Menschen.

Wir, die unterzeichnenden Gruppen, appellieren an Ihre Überzeugungen hinsichtlich einer menschenrechtsbasierten Flüchtlingspolitik und bitten sie eindringlich:

Bitte stimmen Sie dem GEAS-Anpassungsgesetz nicht zu!

Mit dem „Gesetz zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)“ droht Deutschland, Schutzstandards massiv abzusenken und zahlreiche Menschenleben zu gefährden. Setzen Sie sich dafür ein, dass bei der Umsetzung rechtsstaatliche Prinzipien, das Asylrecht und die Menschenrechte gewahrt werden.

1. Übererfüllung der EU-Vorgaben auf Kosten der Grundrechte

Das geplante deutsche GEAS-Anpassungsgesetz führt nationale Verschärfungen ein, die weit über die Forderungen der EU hinausgehen. Das Deutsche Institut für Menschenrechte warnt ausdrücklich, dass der Entwurf „empfindliche Eingriffe in die Grundrechte“ vorsieht. Auch Organisationen wie Pro Asyl, der Deutsche Juristinnenbund, der Paritätische Gesamtverband, der Sachverständigenrat für Integration und Migration und der Deutsche Anwaltverein haben erhebliche verfassungs- und menschenrechtliche Bedenken geäußert.

2. Faktische Inhaftierung Schutzsuchender

Der Gesetzentwurf sieht die Einrichtung geschlossener „Sekundärmigrationszentren“ vor, in denen Menschen bis zu 24 Monate – Familien mit Kindern bis zu 12 Monate – festgehalten werden können. Und dies ohne richterlichen Beschluss! Dass auch Minderjährige betroffen sein können, widerspricht der UN-Kinderrechtskonvention und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR). Derartige Haftbedingungen haben schwere psychische und soziale Folgen, insbesondere für Kinder und traumatisierte Personen.

3. Aushöhlung parlamentarischer Kontrolle

Künftig soll die Bundesregierung per Verordnung über die Einstufung sogenannter „sicherer Herkunfts- und Drittstaaten“ entscheiden können – ohne demokratische Kontrolle des Bundesrates und Bundestages. Diese Entscheidungen sind existenziell und nehmen Schutzsuchende jede Chance auf ein angemessenes Verfahren. Wir warnen vor einem gefährlichen Präzedenzfall, parlamentarische Verfahren außer Kraft zu setzen!

4. Abbau des Schutzes für besonders vulnerable Personengruppen

Im Gesetzesentwurf sind Regelungen zum Gewaltschutz, zu kindgerechten Beschwerdeverfahren oder zu den Rechten von Frauen, LSBTQIA+-Personen und Menschen mit Behinderung unverbindlich. Zudem soll der Zugang zu rechtlicher Beratung in geschlossenen Einrichtungen eingeschränkt werden.

5. Asylrecht: kein Instrument populistischer Symbolik!

Schnellere Abschiebungen, Leistungskürzungen, Freiheitsbeschränkungen sollen Menschen abschrecken, zu uns zu kommen. Schutzsuchende werden aber nicht aufhören zu fliehen, weil ihr Leben in Gefahr ist. Die immer brutalere Abschottungspolitik führt lediglich zu mehr Leid, mehr Verzweiflung, und zu einem fatalen Signal an unsere Gesellschaft: gesellschaftliche Grundwerte und menschliche Grundrechte können jederzeit mit Füßen getreten werden, wenn rechte und rassistische Positionen dies fordern. Das Asylrecht wurde nach dem 2. Weltkrieg im Grundgesetz verankert, um Konsequenzen aus der Shoa zu ziehen. Schutz vor Verfolgung zu suchen ist kein Verbrechen, ihn zu gewährleisten keine Gnade. Schutz vor Verfolgung ist ein verfassungsrechtliches Gebot.

Wenn Deutschland beginnt, Menschen hinter Zäune zu sperren, die Schutz suchen, wird das Folgen für den gesamten europäischen Menschenrechtsschutz haben. Wir fordern Sie inständig dazu auf:

Verweigern Sie Ihre Zustimmung zum GEAS-Anpassungsgesetz!

Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht:

- Schließen Sie Freiheitsentzug und Ausgangsbeschränkungen für Schutzsuchende – insbesondere für Kinder – aus.
- Sichern Sie parlamentarisches Mitspracherecht und Kontrolle
- Stärken Sie den Rechtsschutz für Asylsuchende Menschen und die unabhängige Kontrolle geschlossener Einrichtungen.
- Bewahren Sie die humanitären und rechtsstaatlichen Prinzipien des Asylrechts
- Die Verschärfungen des Asylrechts müssen so genügsam an das europäische Recht angepasst werden, wie Spielräume es erlauben.

Mit freundlichen Grüßen

Seebrücke Lokalgruppe Regensburg

Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer (a.a.a) e.V. Regensburg

AK Asyl Sinzing

Antifaschistische Aktion Regensburg

Bündis gegen Abschiebelager Regensburg

Bündnis für Toleranz und Menschenrechte Landkreis Regensburg

Bürger_innen-Initiative Asyl Regensburg

Campus Asyl e.V.

Fridays for Future Regensburg

Initiative gegen Rechts Regensburg

Internationaler Kultur- und Solidaritätsverein Regensburg

Kartentausch Regensburg

Refugee Law Clinic Regensburg

Sea-Eye Lokalgruppe Regensburg

SOLWODI (Solidarity with women in distress) Regensburg

Studis gegen Rechts Regensburg



